Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 53 (1959)

Heft: 9

Artikel: Weltrundschau : bricht das Eis? ; Gegenkräfte ; "Lieber tot als rot"? ; Hemmungen und Hindernisse ; Paris und Bonn ; Und Westdeutschland? ; China wartet

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140377

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bricht das Eis? Das politische Weltgespräch bildet in diesen Wochen natürlich Chruschtschews bevorstehender Besuch in Amerika und der Gegenbesuch Eisenhowers in der Sowjetunion. Hochgespannte Hoffnungen auf ein nahes Ende des Kalten Krieges knüpfen sich an diese Austauschmissionen, obgleich man von vornherein weiß, daß sie nur «klärenden Gesprächen» gelten sollen, nicht der Vorbereitung von weittragenden Beschlüssen. Anderseits wünschen — wenigstens im Westen — nur allzuviele und allzu einflußreiche politische Wettermacher ganz offenkundig einen Mißerfolg der amerikanisch-sowjetischen Annäherungsversuche und warnen mit besorgter Miene vor «gefährlichen Illusionen», denen man sich hingebe, wenn man erwarte, daß sich der Kommunismus durch bloße diplomatische Verhandlungen von seinen «Welteroberungsplänen» abbringen lasse.

Der Schreibende zählt sich eher zu den Hoffenden, sieht aber zu deutlich die Gegenkräfte gegen ein baldiges wirkliches Auftauen des Kalten Krieges, als daß er seinerseits Illusionen irgendwelcher Art nachhängen könnte. Tatsache scheint ihm vor allem, daß in den Vereinigten Staaten etwas Neues durchgebrochen ist oder — um vorsichtig zu sein — etwas Neues doch durchbrechen will. Noch vor recht kurzer Zeit wäre eine Vereinbarung des USA-Präsidenten mit dem sowjetischen Premierminister von der Art, wie sie — allem nach schon vor Nixons Reise nach Moskau — Eisenhower in die Wege geleitet hat, einfach undenkbar gewesen. Chruschtschew im Weißen Haus — das wäre ja für die gläubigen Scharen des westlichen Antikommunismus einfach «der Teufel im Weihwasserkessel» gewesen. Aber trotz allen Protesten, die sich in der amerikanischen Öffentlichkeit gegen den Besuch des sowjetischen Diktators auch jetzt erheben, muß sich im Denken und Empfinden des Volkes der Vereinigten Staaten doch etwas Wesentliches geändert haben, wenn die Senatoren und Abgeordneten, die doch so hellhörig für die Publikumsstimmung sind, in ihrer großen Mehrzahl dem Besuchsaustausch Eisenhower – Chruschtschew zustimmen. Auch die Demokratische Partei, die von sich aus niemals eine Einladung Chruschtschews gefordert hat, findet sich jetzt mit der Initiative Eisenhowers durchaus ab und denkt nicht daran, sie bei der Präsidentenwahl von 1960 gegen den Kandidaten der Republikaner auszuwerten. Ja, der frühere demokratische Präsidentschaftskandidat Stevenson hat sogar kaltblütig seine offenbar freudige Überraschung darüber ausgesprochen, daß Eisenhower «so schnell die Politik von Dulles aufgegeben» habe, und mit Befriedigung festgestellt, daß Vizepräsident Nixon nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion nur das erzählt habe, «was wir (wer «wir»?) schon vor zehn oder fünfzehn

Jahren über die wachsende Wirtschaftsmacht der Sowjetunion gesagt haben» . . .

Mit dem Antikommunismus, Stil McCarthy, sind jedenfalls in den Vereinigten Staaten keine Geschäfte mehr zu machen, das hat schon die Niederlage der Scharfmacher beider Parteien bei den Novemberwahlen 1958 gezeigt; und wenn Nixon zum Nachfolger Eisenhowers gewählt oder auch nur als republikanischer Kandidat aufgestellt werden will, so wird er zwischen sich und den rabiaten Kommunistenfressern einen ganz dicken Strich machen müssen. Man öffnet eben in weiten Kreisen Amerikas doch allmählich die Augen für die neue Wirklichkeit im Verhältnis zu der kommunistischen Welt. Man gibt sich mehr und mehr davon Rechenschaft, daß die Zeiten endgültig vorbei sind, wo man im Alleinbesitz der Atombombe den Sowjets drohen konnte, man werde sie bis hinter den Ural zurückjagen. Man betrügt sich nicht mehr so leicht mit der Hoffnung auf ein wirtschaftliches Versagen der Sowjetunion und auf ihren «unvermeidlichen» inneren Zusammenbruch, zumal hinter der Sowjetunion die bestürzend rasch anwachsende Weltmacht China steht. Und es ist doch bezeichnend, daß es ein Mann des Krieges ist, der seinem Volk die unausdenkbaren Fürchterlichkeiten eines atomaren Aufeinanderprallens der beiden Machtblöcke ersparen will, indem er sein ganzes, noch immer starkes Ansehen einsetzt, um im Rahmen des zur Zeit in der amerikanischen Innen- und Außenpolitik Möglichen die berüchtigte «Politik der Stärke» endlich zu liquidieren.

Gegenkräfte Dieses Mögliche ist freilich sehr eng begrenzt. Die Kräfte der Beharrung in den alten Gleisen sind noch immer außerordentlich stark und gut verschanzt. Der Antikommunismus ist auch in Amerika noch weit davon entfernt, abdanken zu wollen. Denn — so konnte man letzthin in einer vielgelesenen Wochenzeitung lesen — «die Kommunistische Partei, die in allen Weltteilen am Werk ist, wird voraussichtlich ihr Geschäft weiterbetreiben wie üblich, ohne Unterlaß, auch während des gegenwärtigen Tauwetters». Überall, in Laos und Indien, in Irak und auf Kuba, in Ägypten und Guatemala wühle der Kommunismus, und Amerika müsse ihm nach wie vor energisch entgegenwirken. «Der Kalte Krieg wird nicht plötzlich aufhören. Die Rüstungsausgaben werden in absehbarer Zukunft nicht zurückgeschraubt werden. Die amerikanischen Überseestützpunkte werden nicht aufgegeben werden . . . Diese Weltlage wird sich durch Gespräche zwischen Staatsmännern nicht auf einmal ändern.» («U. S. News & World Report», 17. August.) Ähnlich tönt es aus zahllosen andern Äußerungen der amerikanischen und internationalen «Unversöhnlichen». Man lese nur etwa die «Neue Zürcher Zeitung» . . .

Hinter der amerikanischen Außenpolitik — und ähnliches gilt von derjenigen der Weststaaten überhaupt — steht eben nicht bloß hart-

näckiges ideologisches Vorurteil und blinde Gehässigkeit gegenüber dem Kommunismus und noch weniger geistige und sittliche Überlegenheit über den atheistischen Materialismus des Ostens; es stehen dahinter vor allem zähe, festsitzende materielle Interessen, besonders das Streben nach Absatzmarktausweitung, Rohstoffquellen und Kapitalanlagemöglichkeiten in die Länder jenseits der Meere, da der Binnenmarkt und die einheimischen Absatz- und Produktionsgebiete eine viel zu schmale Grundlage für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus sind, der ein dynamisches, explosives Wirtschaftssystem ist. Und da mit dem Aufkommen und der Ausbreitung des Kommunismus der freie Raum, in dem sich der Kapitalismus ausleben kann, immer mehr zusammenschrumpft, wird für die bürgerlich-kapitalistischen Länder — oder doch ihre Oberschicht und die geistig von ihnen beherrschten Volksteile — der Kommunismus der Weltfeind Nr. 1, der im Namen der Freiheit und der Menschenrechte, tatsächlich aber vor allem im Namen des «freien Unternehmertums» mit allen Mitteln, besonders mit militärischer Gewalt und Gewaltdrohung, niedergerungen werden muß. «Das Amerika von heute», so schreibt darum der englische Sozialwissenschafter Ralph Miliband in der «Monthly Review» (Juli-August-Heft 1959), «steht überall auf der falschen Seite. Es ist nicht der Führer der freien Welt. Es ist der Führer der alten Welt ... Amerikas Verbündete sind das unheimlichste Menschenkonglomerat — vom Perserschah bis zu Syngman Rhee, von Adenauer bis zu Tschiang Kai-schek, von Franco bis zu Ibn Saud, von de Gaulle und Harold Macmillan bis zu jedem Gangsterdiktator oder Diktatorenanwärter in Lateinamerika. Wo auch immer die Führer und Sprecher der großen internationalen Gesellschaft des Reichtums und des Vorrechts, der schmarotzerhaften Raffgier, der Korruption und des Verfalls zu finden sind, da werden auch die besten Freunde oder mindestens die treuesten Kunden der Vereinigten Staaten zu finden sein.»

Und doch sind die USA mit ihrem Kampf um die Sicherung der Welt für das kapitalistische Profitmachertum in eine Sackgasse geraten. Wie aus ihr wieder herauszukommen ist — das ist die Frage, vor die sich ihre herrschende Klasse gestellt sieht und um deren Lösung sie sich jetzt bemüht. Darum auf der einen Seite das Tasten nach Möglichkeiten friedlichen Zusammenlebens mit der nichtkapitalistischen Welt, auf der andern aber die Widerstände gegen eine solche grundsätzliche Umstellung. Im gleichen Heft der soeben aufgeführten Neuyorker Zeitschrift skizziert Professor W. A. Williams fünf Möglichkeiten, die vor der amerikanischen Staatsführung liegen. Die erste ist ein Präventivkrieg gegen die kommunistische Welt, hervorgehend aus der Erkenntnis, daß der Kapitalismus im friedlichen Wettkampf mit dem Sozialismus und Kommunismus nicht bestehen kann. Eine zweite Möglichkeit ist: Fortwursteln wie bisher. Angesichts des Friedenswillens der sowjetischen Politik mag das für ein weiteres Menschenalter gelingen, aber nachher wird die Krise nur mit um so grö-

ßerer Schärfe ausbrechen. Die Planer der amerikanischen Politik können aber auch einsehen, daß es mit dem Kapitalismus zu Ende zu gehen droht. Dann stehen ihnen zwei andere Wege offen: entweder den Übergang zu einer neuen Wirtschaftsordnung selber in die Hand zu nehmen oder die Vereinten Nationen anzuspannen, um die Ausdehnung des Kapitalismus ohne Gewaltmittel zu erreichen, mit der Gefahr freilich, daß dadurch schließlich doch der friedliche Übergang zum Sozialismus befördert würde. Als letzte Möglichkeit bleibt die offene Anerkennung der sozialistisch-kommunistischen Welt, die sich als immer stärker und unbesiegbarer erweist. Das schlösse aber den Verzicht auf den ganzen Kalten Krieg in sich — ein Entschluß, zu dem weder die Führungsschicht der Vereinigten Staaten noch diejenige der übrigen «freien Nationen» schon reif ist.

„Lieber tot als rot"? Angesichts der Ratlosigkeit, in der sich die alte Welt mit ihrer immer unmöglicher werdenden «Politik der Stärke» befindet, kann es nicht überraschen, daß der verzweifelte Gedanke eines vorbeugenden Vernichtungsschlages gegen die Mittelpunkte des Weltkommunismus neuerdings wieder gefährlich an Suggestionskraft gewinnt. Bezeichnend dafür ist der große Erfolg, den jetzt das (in Zürich verlegte!) Buch «Die Grenzen des Wunders — ein Bericht über Deutschland» von William S. Schlamm hat. (Bevor er amerikanischer Bürger wurde, hieß sich der aus Österreich stammende Mann schlicht Willy Schlamm.) Ich habe das Buch nicht gelesen, gedenke es auch nicht zu tun; aber einer, der sich durch dieses hindurchgearbeitet hat, erklärt es als «das furchtbarste Untier, das uns seit Hitlers Tagen zu Gesicht gekommen ist». (Herbert Werner in der «Stimme der Gemeinde», 15. August 1959.) Schlamms Buch macht es in der Tat jedermann, der es noch nicht gewußt haben sollte, völlig klar, wohin die Logik des Kalten Krieges der «freien Welt» mit unausweichlicher Notwendigkeit führen muß, wenn nicht noch rechtzeitig die große Wendung eintritt: zum Präventivkrieg gegen den Osten. Der Gedankengang des Verfassers ist einfach genug. Er stellt unumwunden fest, daß «die zentrale Absicht aller kommunistischen Strategie die Vermeidung eines militärischen Konfliktes (ist)». Der Kommunismus sei zwar entschlossen, die Welt für sich zu gewinnen, «aber er bleibt ebenso entschlossen, einen großen Krieg zu vermeiden». Die große Gefahr sei darum, daß die westlichen Völker immer weniger geneigt seien, die Rüstungslasten zu tragen. Wenn man aber abrüste, dann werde der Kommunismus unfehlbar gewinnen und die «freie Welt» sei verloren. Die Staatsmänner des Westens würden also zwischen zwei gleicherweise unpopulären Haltungen zu wählen haben: «Entweder eine sinnlose Rüstung gegen ein zunehmend stürmisches Massen-Veto durchzusetzen, oder eine obstinat pazifistische öffentliche Meinung resolut von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß der Kommunismus siegen

wird, wenn der Westen nicht die Offensive ergreift.» Kurz — der präventive Angriffskrieg kann allein noch die Welt vor dem Kommunismus retten.

Das ist wenigstens klar gesprochen. Wir wollen dafür dem Mister Schlamm dankbar sein. Er sagt gerade heraus, was zweifellos viele Antikommunisten denken und doch nur selten zu bekennen wagen, wie es unlängst immerhin der westdeutsche General Zimmermann tat, der dem Londoner «Sunday Expreß» gegenüber ebenfalls mit einem vorbeugenden Krieg gegen den Osten spielte. Wir unserseits haben immer wieder an dieser Stelle auf die Gefahr aufmerksam gemacht, daß der Westblock, ohne Vertrauen zu einem friedlichen Wettkampf mit dem aufstrebenden kommunistischen Drittel der Erde, versucht sein könnte, die Entscheidung auf militärischem Boden zu suchen, wo er sich noch einigermaßen ebenbürtig fühlt. Wir können es deshalb nur lebhaft begrüßen, wenn das Nachgeben gegen diese Versuchung nunmehr mit solch zynischer Brutalität, wie sie sich bei Schlamm bekundet, als die einzige Rettungsmöglichkeit für den «freien» — lies: kapitalistischen — Westen erklärt wird. Nur werden dem Tapferen hoffentlich auch von denjenigen, für die er sein Buch geschrieben hat, nicht viele auf dem Weg zum Atomkrieg folgen, auf dem er sie mitnehmen will. Denn die Art und Weise, wie unser Präventivkrieger die Schrecken eines Totalkrieges mit Kernwaffen zu verkleinern sucht und die Naturforscher beschimpft, die vor diesen Schrecken warnen — er bezeichnet ihr Auftreten als den «schändlichsten intellektuellen Skandal unserer Zeit» —, stempelt seine These doch allzu offensichtlich zum Niederschlag eines verbrecherischen Wahnsinnes, als daß Menschen von Vernunft und Gewissen sie überhaupt in Betracht ziehen könnten. Wie gänzlich unfähig Atomwaffen sind, um irgendein wenn auch noch so wertvolles Gut zu verteidigen, spricht neuerdings mit vorbildlicher Klarheit und Wahrhaftigkeit der britische Oberstleutnant Lort-Phillips aus, der in der «Nation» (15. August) an die Aussage von General Gavin vor dem amerikanischen Senatsausschuß für Wehrmachtsfragen erinnerte, der zugab, daß bei einem Atomkrieg allein in den Vereinigten Staaten etwa hundert Millionen Todesopfer schon in den ersten 24 Stunden zu erwarten seien. «Das ist», fügt Lort-Phillips bei, «kein Krieg. Das ist Selbstmord ... Gegen einen Feind, der mit Kernwaffen ausgerüstet und entschlossen ist, sie einzusetzen, können wir uns im eigentlichen Sinn dieses Wortes nicht mehr verteidigen. Und das ist eine neue, schmerzliche und äußerst bestürzende Lage, die in der Geschichte beispiellos dasteht.»

Aber auch zur bloßen Abschreckung eines angriffslustigen Feindes sind, wie der Verfasser darlegt, Atomwaffen ungeeignet. «Abschrekkung mit Kernwaffen ist ein riesiger Bluff ... Wenn wir nicht die Absicht haben, sie einzusetzen, stellen sie auch keine wirkliche Drohung dar; durch unsere drohenden Vorkehrungen wird sich niemand einschüchtern lassen ... und wir können den ganzen Apparat ato-

marer Abschreckung gerade so gut demontieren.» Sind wir dennoch bereit, «im Notfall» Atomwaffen einzusetzen, dann sind wir auch bereit, Selbstmord zu begehen, und laufen Gefahr, daß verantwortungslose, wahnwitzige Nihilisten einmal wirklich einen Atomkrieg auslösen, zumal wenn sich der Kreis der Kernwaffen besitzenden Staaten immer mehr erweitert. Auch den Trost, daß geographisch begrenzte Kriege, die nur mit taktischen Atomwaffen ausgetragen würden, immer noch sinnvoll und möglich seien — diese Vorstellung spielt ja in unserer schweizerischen Atomwaffendiskussion eine Hauptrolle —, zerstört der englische Militärfachmann erbarmungslos. Eine zum Angriff entschlossene Macht — sofern man die Möglichkeit eines solchen Entschlusses überhaupt voraussetzt — würde ja von vornherein die wirksamsten, also strategische Kernwaffen einsetzen und sich auch nicht auf die Besetzung einzelner Länder einlassen, sondern die anzugreifenden Länder samt ihrer Wehrmacht einfach vernichten.

Die Bedingungen eines Krieges, in dem atomare Waffen wirksam werden sollen, sind eben derart, daß der angreifende Teil von Anfang an aufs Ganze gehen m u ß , wenn er irgendwelche Aussicht auf Erfolg haben will. «In der Vergangenheit» — so sagt Lort-Phillips — «konnten wir die erste Schlacht verlieren und doch weitermachen, um den Krieg zu gewinnen. Wenn wir heute die erste Schlacht verlieren, können wir nur weitermachen, indem wir die Säulen des Tempels über unseren Köpfen zum Einsturz bringen.»

Hemmungen und Hindernisse Wenn die Einsicht, daß Krieg heute für jeden Beteiligten nur noch zur Vernichtung führen kann, erst so langsam und zögernd durchbricht, so ist daran nicht nur das Widerstreben des Menschen gegen die Preisgabe uralter, im Instinkt verwurzelter Anschauungen und Gewohnheiten schuld. Eine wesentliche Rolle spielen dabei auch — wie schon vorhin angedeutet — ganz materiell-wirtschaftliche Interessen, die sich gegen eine radikale Ausmerzung von Krieg und Kriegsrüstungen kehren. Als die Vereinbarung über die gegenseitigen Besuche von Eisenhower und Chruschtschew bekannt wurde, erlebte ja der Aktienmarkt an der Neuyorker Börse einen Einbruch wie nie mehr seit Eisenhowers gesundheitlicher Krise im Jahr 1955. So groß ist in den Kreisen der Rüstungsindustrie die Angst vor einem Ausbruch des Völkerfriedens! «Das ist», wie die Londoner «Peace News» kommentieren (21. August), «die Verrücktheit des Kapitalismus: Jeder friedliche Gegenvorschlag zum gegenwärtigen allverzehrenden Wettrüsten würde eine Panik erzeugen, die schnell eine Katastrophe der amerikanischen Wirtschaft nach sich zöge. Man hat in den Vereinigten Staaten keinen Plan, um solchen Entwicklungen zu begegnen. Die wirtschaftlichen Folgerungen, die aus der Abrüstung zu ziehen sind, sind noch nicht ernsthaft durchdacht worden. Was geschieht, wenn die Gipfelgespräche das Bedürfnis nach einer Abrüstung wecken sollten? Ent-

weder wird dieses Bedürfnis unehrlicherweise verdrängt und das Problem dadurch auf die Seite geschoben, oder wir würden bald eine Wirtschaftskrise erleben, die mindestens den Umfang derjenigen in den Zwischenkriegsjahren annähme. So groß ist heute der Produktionsüberschuß der Vereinigten Staaten — viel größer als vor dem Krieg —, daß nur Waffenfabrikation eine Massenarbeitslosigkeit abwenden kann . . . Solange die Produktion auf Profitmachen eingestellt bleibt, wird die Abrüstung eine Krise in Amerika verursachen, die sich ihrerseits auf die ganze Welt ausdehnen müßte. Das einzig mögliche Mittel, zur Abrüstung zu kommen, ist ein Systemwechsel: die Produktion muß auf die Weltbedürfnisse ausgerichtet werden statt auf Profitmachen. Und weil das die kapitalistische Grundlage der Gesellschaft zerstören würde, wird dieses Mittel nicht ergriffen.»

Aus dem gleichen Grund ist es so furchtbar schwer, dem populären Antikommunismus beizukommen. Man würde ja den Boden unter seinen Füßen wanken fühlen, wenn der Kapitalismus und die auf ihm ruhende Gesellschaftsordnung nicht mehr mit Waffengewalt gestützt werden könnte! Zwar merkt man allmählich doch, daß diese Stütze je länger, um so brüchiger wird, und sucht nach zuverlässigeren Fundamenten. Wie der frühere konservative Außenminister von Dänemark, O. B. Kraft, in der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 2428) schreibt: «Nur eine reale und totale Neugestaltung der Welt, für die wir jedes Opfer bringen, um Ordnung zu schaffen, wo irgendwelches Unrecht geschieht, wird den Kommunismus überflüssig machen. Kompromisse, weder auf politischem noch moralischem Gebiet, und Flickwerk an der bestehenden Ordnung werden das nicht erreichen.» Wahr genug! Nur — reicht der Opferwille des Herrn Kraft und seiner Freunde von der «Moralischen Aufrüstung» wirklich aus, um die ganze kapitalistische Profit- und Ausbeutungswirtschaft mit ihrem namenlosen Unrecht, in den Mutterländern wie in den Kolonien und den halbentwickelten Staaten, überwinden zu helfen? Ich zweifle. Und wie will man den Kommunismus und seine Gewaltpraxis — auf die es seine bürgerlichen Gegner ja vor allem abgesehen haben — «überflüssig machen», wenn die nichtkommunistische Welt selber so völlig gewaltbesessen ist, wenn sie voller autoritärer, freiheitswidriger, halb- und ganzfaschistischer Regierungssysteme steckt, wenn sie als erste Atombomben hergestellt und abgeworfen hat und nun aus der Sackgasse ihrer «Politik der Stärke» nur noch durch einen Präventivkrieg herauskommen kann, falls sie dem Rat ihrer konsequentesten Vertreter folgt? Die Hindernisse gegen eine klare Abwendung des Westens vom Kalten Krieg sind auch von dieser Seite her noch übergroß.

Aber auch schon den vorsichtigen Entspannungsversuchen Eisenhowers und der hinter ihm stehenden Kräfte erwachsen innerhalb der mit Amerika verbündeten Nationen starke Hemmungen. Am ehesten finden sie natürlich in Großbritannien Unterstützung, dessen — konservative! — Regierung schon seit Stalins Tod und Churchills

Amerikabesuch im Jahr 1953 eine Annäherung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten betrieben hat. Churchill stieß zwar mit seiner Empfehlung einer Gipfelkonferenz noch auf Ablehnung, aber Eden brachte 1955 immerhin ein solches Treffen in Genf zustande, wenn auch dessen Früchte dann an der folgenden Außenministerkonferenz infolge des Widerstandes von Dulles nicht unter Dach gebracht werden konnten. Dulles und unter seinem Einfluß Eisenhower machten auch noch zu Beginn dieses Jahres aus ihrem Mißvergnügen über Macmillans Reise nach Moskau kein Hehl, aber der britische Ministerpräsident hat jetzt die Befriedigung, daß nach dem Hinschied von Dulles das Weiße Haus doch auf seine Linie eingeschwenkt ist. Man hat in den Vereinigten Staaten bisher gern darauf hingewiesen, daß die britische Außenpolitik mit ihrem Streben nach Verständigung mit der Sowjetunion stark durch die Bedürfnisse der konservativen Wahlpolitik bestimmt sei. Aber nun hat ja auch Eisenhowers Republikanische Partei alles Interesse an einem Erfolg der Entspannungspolitik ihrer höchstgestellten Führer. Und schließlich — ist es etwa unehrenhaft, wenn eine Regierung dem Drängen ihres Volkes nach Einstellung des Kalten Krieges und Abbau der Rüstungslasten Rechnung trägt? I. F. Stone, der bedeutende amerikanische Journalist und Herausgeber von «Stone's Weekly», stellt mit Recht fest: «In Großbritannien wie anderswo ist der Friede die Frage, mit der man Wahlen gewinnt.» (10. August.)

Paris und Bonn Das wird sich auch in Frankreich zeigen. Vorerst ist freilich das Regime de Gaulle an der Weiterführung des Kalten Krieges interessiert. Seine Großmannssucht, sein Begehren nach eigenen Atombomben und sein Unvermögen, aus eigener Kraft mit dem Freiheitskampf des algerischen Volkes fertig zu werden, so viele Tausende von «Rebellen» auch von den französischen Zivilisationsbringern allmonatlich «liquidiert» werden — das alles bringt Frankreich in noch immerzu schärfer werdenden Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, denen Ministerpräsident Debré nun schon wiederholt in aller Öffentlichkeit drohend zugerufen hat: «Niemand, der ein Bündnis mit uns wünscht, darf unsere Politik in Algerien anfechten oder ihr widersprechen.» Allein es ist fraglich, ob sich die Vereinigten Staaten durch dieses ganze hysterische Getue auf die Länge einschüchtern lassen. Die Mehrheit der kommenden UNO-Generalversammlung wird sich bestimmt nicht einschüchtern lassen, auch wenn es nicht zu der Zweidrittelsmehrheit reichen sollte, die nötig ist, um Algerien auf die Tagesordnung der Versammlung zu setzen. Der Algerienkrieg wird inzwischen auch für das französische Volk selber, das sich ihn bis tief in die Arbeiterschaft hinein aus romantisch-nationalistischen Gefühlsgründen immer noch gefallen läßt, mehr und mehr unerträglich werden, zumal das Leben für die Arbeiter- und Angestelltenbevölkerung, aber auch für viele mittel-

ständische Familien immer schwieriger wird und auf den Winter Lohnkämpfe großen Ausmaßes zu erwarten sind. Wenn de Gaulle und seine Leute mit dem Austritt aus der NATO spielen, falls die Verbündeten ihm nicht zu Willen sein sollten, so kann es wohl sein, daß man ihnen kühl sagen wird: «Geht nur; wir können es auch ohne euch machen, vielleicht sogar besser, als wenn ihr uns fortwährend in die Quere kommt!» Wie der Londoner «New Statesman» (29. August) bereits ungeschminkt bemerkte: «Frankreichs einziger Verhandlungstrumpf ist Erpressung mit den NATO-Stützpunkten. Es wäre schwierig, aber nicht unmöglich — und bei der gegenwärtigen Stimmung Frankreichs nicht notwendigerweise unerwünscht —, den Aufmarschplan der NATO auf Grund einer Nichtbeteiligung der Franzosen umzugestalten. Das einzige jedenfalls, was de Gaulle mit seinen wiederholten Drohungen bewiesen hat, ist, daß Frankreich immer noch ein entbehrlicher Bundesgenosse ist.» Aber auch ohne daß es so weit kommt, wird die Friedenssehnsucht im französischen Volk so übermächtig werden, daß dagegen all der nationalistische Zauber und der ganze reaktionäre Unterdrückungsapparat der gaullistischen «Renaissance» nicht mehr aufkommen wird.

Und Westdeutschland! Die Regierung Adenauer gehört natürlich zu den Hauptantreibern des Kalten Krieges und leistet demgemäß allen «Aufweichungsversuchen» und «Lokkungen», die vom Osten her die Einheitsfront des Westens bedrohen, heldenhaften Widerstand. «Fast steht zu treu die Wacht am Rhein», spöttelte letzthin ein westdeutsches Blatt nicht ohne Grund in einem Kommentar zu Eisenhowers Besuch in Bonn. Der amerikanische Gast zeigte sich in der Tat nicht nur über die plumpen Versuche der alldeutschen Propaganda, seine Aufmerksamkeit auf die 1945 an Polen, die Tschechoslowakei und die Sowjetunion verlorenen Gebiete zu lenken, etwas verstimmt; er dürfte trotz den üblichen Beteuerungen der «vollkommenen Einigkeit» zwischen den Gesprächspartnern dem «eisernen Kanzler» Nr. 2 deutlich genug zu verstehen gegeben haben, daß es mit der Aufrüstung nicht mehr so hemmungslos weitergehen dürfe wie bisher und zum mindesten der Versuch gemacht werden müsse, mit den Russen zu einer wenn auch noch so begrenzten Verständigung über die schwebenden Streitfragen zu kommen.

In Westdeutschland ist freilich die Furcht weit verbreitet, Amerika und Rußland könnten über die deutschen Dickköpfe weg eine Politik planmäßiger Entspannung einleiten und damit all die Träume von einem dritten Germanenzug nach Osten schnöde zunichte machen. Vorderhand ist diese Furcht noch gegenstandslos. Aber daß sachlich eine völlige Umkehr der amerikanischen und westalliierten Deutschlandpolitik nötig ist, liegt längst klar auf der Hand und wird mehr und mehr auch in der amerikanischen Öffentlichkeit anerkannt. Man hat letzthin den 20. Jahrestag von Hitlers Kriegseröffnung «gefeiert».

Aber nur in den wenigsten Betrachtungen darüber ist deutlich genug ausgesprochen worden, daß das Dritte Reich sein Riesenverbrechen nie hätte wagen können, wenn nicht die westlichen «Demokraten» nach dem Ersten Weltkrieg das alte, unbekehrte Deutschland planmäßig wiederaufgerichtet und wiederaufgerüstet und es nach Hitlers Aufkommen auf den Eroberungsweg nach Osten und Südosten gewiesen hätten. Siehe München!

Denn die kapitalistisch-antisowjetische Politik, die schon in den zwanziger und noch ausgesprochener in den dreißiger Jahren die Westmächte betrieben — s i e war es ja, die Hitler den Weg bereitet und die vor allem von der Sowjetunion unermüdlich geforderte Organisierung einer kollektiven Sicherheit gegen die nazistische Gefahr verhindert hat, so daß sich der «Führer» — wie er meinte — ohne großes Risiko entschließen durfte, die polnische Frage mit Gewalt zu lösen. Man hat diesen Zusammenhang in den Erinnerungsartikeln und -reden zu den Ereignissen vom Spätsommer 1939 zu verschleiern gesucht, indem man aufs neue den Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges verantwortlich machte, wie es beispielsweise der westdeutsche Wehrmachtsminister Strauß in einem Aufsatz tat, den die «Neue Zürcher Zeitung» (in Nr. 2609) veröffentlichte. «Hitler entschloß sich», so heißt es darin, «erst zum Kriege, als er sich durch den Pakt mit Stalin vom 23. August 1939 der Unterstützung der Sowjetunion versichert hatte und — angesichts der lautstarken pazifistischen Propaganda in England und Frankreich — glauben durfte, daß die Westmächte nicht kämpfen würden.»

Das ist notorisch falsch. Wie längst feststeht, hat sich Hitler schon mindestens sechs Wochen vor dem 23. August zum Angriff auf Polen entschlossen (Fr. W. Förster hatte bereits Ende Juni 1939 Kenntnis davon bekommen, wie er in seinen Lebenserinnerungen mitteilt, und alarmierte sofort die französische und britische Regierung); es handelte sich für ihn nur noch darum, die Sowjetunion zu neutralisieren, was diese so lange ablehnte, bis es völlig klar war, daß weder Polen noch Frankreich oder England mit der Sowjetunion zusammen sich dem deutschen Kriegswillen entgegenzustellen bereit war. Erst dann trat Moskau auf den deutschen Vorschlag eines Nichtangriffspaktes ein in der Absicht, zu retten, was zu retten war, und durch Festsetzung einer Frontlinie in Polen die deutsche Armee wenigstens davon abzuhalten, bis unmittelbar an die russische Grenze vorzustoßen und die Ukraine zu bedrohen.

D a s sind die Tatsachen. Sie beweisen unwiderleglich, daß die reaktionären «Münchner» — und nicht die Pazifisten — auch in der Augustkrise von 1939 den Abwehrwillen Frankreichs und Englands lähmten, so wie sie schon in den vorausgegangenen Jahren, mit amerikanischer Finanzhilfe, die deutsche Kriegsmaschine wiederaufbauen geholfen und eine gemeinsame Verteidigung Europas gegen die handgreif-

lich gewordene deutsche Gefahr sabotiert hatten. Alle Mahnungen, dem neuen deutschen Herrschaftsstreben die Einheitsfront des Westens und Ostens entgegenzusetzen, verhallten damals ungehört — bis es zu spät war und nur die äußerste Not Westeuropa und die Vereinigten Staaten mit der Sowjetunion zusammenführte. Soll der nach Roosevelts Tod aufs neue durchbrochene gegenrevolutionäre Antikommunismus mit seiner abermaligen Wiederaufrichtung und Wiederaufrüstung des alten, machthungrigen Deutschlands jetzt den gleichen furchtbaren Fehler wieder machen dürfen und eine dritte Kriegskatastrophe heraufbeschwören, die, wenn nicht mehr, den sicheren Tod eines einigermaßen gesitteten Europas bewirken müßte? Die Frage ist vor allem an die westlichen Völker und ihre Staatsmänner gestellt. Ob wohl Präsident Eisenhower eine Ahnung von ihrer schicksalhaften Schwere, ja auch nur davon hat, daß sie überhaupt gestellt ist?

China wartet Wenn Eisenhower und Chruschtschew miteinander reden, wird aber hoffentlich auch die Frage nach dem künftigen Verhältnis Amerikas zu China aufgeworfen werden. Denn das ist klar: Ohne die Einbeziehung Chinas in das «Konzert der Mächte», und das heißt vor allem einmal ohne die Aufnahme Chinas in die Organisation der Vereinten Nationen, kann von einer Beendigung des Kalten Krieges keine Rede sein. Wenn beispielsweise die atomare Abrüstung ernsthaft an die Hand genommen werden soll, muß auch China begrüßt, also endlich von Amerika diplomatisch anerkannt werden. China ist außerdem der große Verbündete der Sowjetunion; wie könnte der sowjetische Ministerpräsident mit seinem amerikanischen Partner eine weltumfassende Entspannung ins Auge fassen und dabei die Bedürfnisse, die Lage und die Lebensnotwendigkeiten seines ostasiatischen Alliierten ignorieren? China ist heute schließlich die viertgrößte, wenn nicht schon — vor England — die drittgrößte Weltmacht, und sein Gewicht wird von Jahr zu Jahr zunehmen. Kein Problem, das in Asien auftaucht, kann schon heute ohne China gelöst werden, und es wird sich mehr und mehr zeigen, daß auch die europäischen Probleme, die eine friedliche Verständigung zwischen Ost und West verlangen, die gleichberechtigte Mitwirkung des kommunistischen Chinas für ihre Bewältigung voraussetzen.

Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten hat sich bisher der Einsicht in diese Notwendigkeiten beharrlich verschlossen. Amerika hat schon während des Zweiten Weltkrieges mit ungeheuren Kosten das gegenrevolutionäre Regime Tschiang Kai-scheks gegen die große Freiheitsbewegung der Bauern und Arbeiter unterstützt. Es hat im Koreakrieg, als MacArthur sich anschickte, in die Mandschurei einzubrechen, das Eingreifen der Pekinger Republik gegen diese Bedrohung ihrer Lebensinteressen herausgefordert und dann diese Selbstverteidigung zum Vorwand genommen, um China durch die

NATO als Angreifer brandmarken zu lassen, mit dem es keinerlei politischen oder wirtschaftlichen Verkehr gebe. Und Amerika hat sich, bis hin zur unmittelbaren Kriegsdrohung, mit allen militärischen und finanziellen Kräften so vorbehaltlos hinter Tschiang Kai-scheks Formosaregierung gestellt, daß an seinem Willen, die chinesische Volksrepublik zu stürzen, kein Zweifel mehr walten konnte.

Diese ganze chinafeindliche Politik der Vereinigten Staaten ist längst ebenso widersinnig und aussichtslos geworden, wie es ihre Druck- und Drohpolitik gegenüber der Sowjetunion ist. Je länger sie betrieben wird, um so mehr drängt sie China an die Seite der Sowjetunion, verstärkt also die Schlagkraft und den Zusammenhalt des Ostblocks, um so mehr zwingt sie China zur Entwicklung seiner wirtschaftlichen und militärischen Machtmittel, und um so mehr verbaut sie den Vereinigten Staaten die künftigen Möglichkeiten, mit der gewaltig aufsteigenden ostasiatischen Welt in ein ersprießliches Verhältnis zu kommen. Auch finanziell wird für Amerika der Kampf gegen das kommunistische China eine immer schwerere Last. Nach der Neuyorker «Nation» (23. Mai 1959) haben die Vereinigten Staaten allein seit 1950 nahe an drei Milliarden Dollar für die Unterstützung des Regimes Tschiang Kai-schek ausgegeben; jetzt opfern sie dafür jährlich gegen 600 Millionen Dollar — rund fünfzigmal mehr je Kopf der Bevölkerung von Formosa, als die Sowjetunion an Chinahilfe — ebenfalls je Kopf berechnet — ausgibt. Dabei sind in dieser Summe die Kosten für die amerikanischen See-, Land- und Luftstreitkräfte in und um Formosa, die ebenfalls in die Milliarden Dollar gehen, noch gar nicht inbegriffen.

Und doch ist die Aussicht gering, daß sich an der amerikanischen Chinapolitik in der nächsten Zeit etwas Entscheidendes ändern werde; viel zu starke Prestigegründe und materielle Interessen stehen dem im Weg, mindestens solange Eisenhower noch Präsident und die Republikanische Partei offiziell am Ruder ist. Ja, die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber China hat sich in den letzten Monaten noch weiter versteift. Es hängt dies mit dem allgemeinen Ausbau der amerikanischen Stellungen in Ost- und Südostasien zusammen, haben doch die Vereinigten Staaten ihren Einfluß auf Thailand (Siam), Südvietnam, Südkorea, die Philippinen und Japan neuerdings erheblich zu verstärken vermocht. Dazu kommt jetzt noch besonders eine recht bedeutende wirtschaftliche und militärische Unterstützung von Laos, eines der nun «unabhängig» gewordenen Königreiche Vietnam, Kambodscha und Laos, die früher unter französischer Oberherrschaft Indochina bildeten. Da sich aber im Nordzipfel des Landes immer noch kommunistische Partisanentrupps behaupten, die an Nordvietnam und China einen Rückhalt haben, und anscheinend die schwache, amerikahörige Regierung ernstlich bedrohen, so hat sich mit Laos als Zankapfel die Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und China abermals verschärft, ohne daß

bisher ersichtlich wäre, wie sie — etwa durch ein Eingreifen der UNO oder der von der Genfer Konferenz 1954, beim Abbruch des Indochinakrieges, eingesetzten, aber inzwischen eingeschlafenen Internationalen Kommission — gelöst werden könnte.

Zum Überfluß hat sich China auch noch an der indischen Nordgrenze unliebsam bemerkbar gemacht. Die am Südhang des Himalaja gelegenen Pufferstaaten Nepal, Sikkim und Bhutan, dazu Teile der indischen Provinz Assam und der von Indien beanspruchten, zu Kaschmir gehörigen Provinz Ladakh sollen, wie in Tibet und Indien gesagt wird, Gegenstand chinesischer Begehrlichkeit sein, und letzte Woche sollen chinesische Patrouillen sogar bereits auf indisches Gebiet in Assam vorgedrungen sein und indische Grenzposten überfallen haben. Das hat in Indien natürlich viel böses Blut gemacht und selbst den gewiß geduldigen, friedliebenden Nehru, der auf korrekte Beziehungen zu China größten Wert legt, zu Verteidigungsmaßnahmen veranlaßt, die in der ganzen chinafeindlichen Welt mit größter Genugtuung aufgenommen worden sind und als grundsätzliche Schwenkung der indischen Chinapolitik ausgelegt werden.

Was in diesen weltabgelegenen, großenteils völlig weglosen und entsprechend unscharf abgegrenzten Gebirgsländern tatsächlich vorgeht, ist von hier aus schwer festzustellen. Insbesondere ist es unklar, was die Chinesen veranlaßt haben könnte, Indien herauszufordern — gerade in einem Augenblick, da sie dessen Unterstützung für ihr Begehren um Aufnahme in die UNO nötiger hätten als je, und da sich auch Chruschtschew zweifellos vorbereitet, die Chinafrage bei Eisenhower zur Sprache zu bringen. Möglicherweise will China, wie letztes Jahr bei der Beschießung der Küsteninseln vor Formosa, einfach daran erinnern, daß es da ist und daß es mit seinem Ausschluß aus dem Rat der Weltmächte unmöglich so weitergehen kann wie bisher. Das neue China wartet nun schon ein volles Jahrzehnt darauf, daß es bei der Regelung der asiatischen und der übrigen internationalen Angelegenheiten als Gleichberechtigter sein Wort sagen darf — das mindeste, was es heute verlangen kann. Es wird, wenn es nach Amerikas Willen geht, noch viel länger warten müssen — aber es kann auch einmal die Geduld verlieren und mag dann zu Handlungen greifen, die wir bedauern müßten, für die aber die hochmütigen Westmächte, vorab die Vereinigten Staaten, moralisch in erster Linie verantwortlich wären. Jedenfalls erträgt die westöstliche Spannung gerade jetzt eine Verschärfung weniger als je. Die Scharfmacher in aller Welt und die Höllengeister jeder Art lauern ja nur darauf, daß die neu versuchte Annäherung zwischen den Vormächten des Ost- und des Westlagers, wie sie sich in der russisch-amerikanischen «Besuchsdiplomatie» äußert, mit einem Fehlschlag endige und damit wiederum «bewiesen» werde, daß die Kommunisten nur die Sprache der rücksichtslosen Gewalt verstehen. Sollen sie wirklich diesen Triumph erleben?

1. September. *Hugo Kramer*